

Waffen für Dschihadisten

Syrien: Nach der Befreiung der Stadt Aleppo wurde dort tonnenweise Kriegsgerät aus den USA und anderen Ländern sichergestellt

Karin Leukefeld

Es ist still geworden um Aleppo. Deutsche Medien und die Bundesregierung schweigen dazu, wie es nach der Evakuierung von rund 35.000 Menschen im Osten der Stadt kurz vor Weihnachten weitergegangen ist.

Noch vor knapp zwei Wochen warfen die UN-Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und der USA Russland, Syrien und dem Iran vor, bei der Einnahme der östlichen Stadtviertel »Massaker« zu verüben und »Hinrichtungen« vorzunehmen. Aleppo sei das »Synonym für die Hölle« geworden, so der scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Und die US-Botschafterin Samantha Power verglich das Geschehen in Ostaleppo mit »Halabja, Ruanda, Srebrenica«. Es müsse eine UN-Mission geben, die den Menschen helfen und sie evakuieren könne. Zu dem Zeitpunkt flohen Menschen aus Ostaleppo bereits zu Tausenden in den von der Regierung kontrollierten Westen der Stadt.

Ganz still wurden die westlichen UN-Botschafter aber, als der syrische Geschäftsmann und Parlamentsabgeordnete, Faris Shehabi, auf seiner Facebook-Seite die Namen von 14 ausländischen Militär- und Geheimdienstoffizieren nannte, die in Ostaleppo ausfindig gemacht und festgenommen worden seien. Die Männer seien aus der Türkei, USA, Israel, Marokko, Jordanien, Katar und Saudi-Arabien, so Shehabi. Unmittelbar danach einigte man sich im UN-Sicherheitsrat fast stillschweigend auf eine UN-Mission, die die Evakuierung derjenigen kontrollieren sollte, die nach Idlib oder in die Türkei gebracht werden wollten.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Syrische Arabische Rote Halbmond (SARC) waren zu diesem Zeitpunkt schon seit Tagen an der Seite der Menschen in Ostaleppo gewesen. Nach Idlib und in die Türkei wurden schließlich 35.000 Menschen evakuiert. Darunter waren 4.000 Kämpfer, deren Angehörige, Verletzte und Unterstützer. Mit den letzten Bussen hätten ausländische Geheimdienstoffiziere und Militärs den Osten von Aleppo verlassen,

berichtete der libanesische Sender *Al-Mayadeen*. Westliche Medien schwiegen ebenso wie die syrische Regierung und deren Verbündete.

Im US-Internetportal *Veterans Today* (»Veteranen heute«), das nach eigenen Angaben »die Position von Mitgliedern der militärischen Gemeinde und von Veteranen aus dem Bereich der nationalen Sicherheit, geopolitischen Stabilität und Innenpolitik vertritt«, war am 17. Dezember zu lesen, dass die genannten 14 Namen vermutlich falsche Identitäten gewesen seien. *Veterans Today* bezieht sich dabei auf einen Artikel des Internetportals *Southfront*. Es sei »gängige Praxis, falsche Identitäten zu benutzen, wenn man in einer geheimen Operation diene«, heißt es dort im Beitrag eines Autors namens »Gordon«. Auch *Southfront* steht vermutlich Geheimdienstkreisen nah und bietet nach eigenen Angaben »mit einem Expertenteam aus allen vier Ecken der Erde (...) Analyse und Aufklärung über militärische Operationen und die militärische Position der wichtigsten Weltmächte« an.

Von »eigenen syrischen Quellen« habe *Southfront* erfahren, dass 128 ausländische Offiziere mit den Kämpfern, Angehörigen und Verletzten aus Ostaleppo evakuiert worden seien. Es habe »eine Vereinbarung zwischen allen beteiligten Parteien« darüber gegeben. Demnach hätten Offiziere aus den USA (22), Großbritannien (16), Frankreich (21), Israel (7) und der Türkei (62) Ostaleppo verlassen. Westliche Medien berichteten darüber nicht, und auch Syrien schwieg.

Was die abziehenden Kämpfer und ausländischen Offiziere zurückließen, wird nun von russischen und syrischen Spezialkräften dokumentiert. Mehr als 14.000 Minen und Sprengfallen wurden entschärft, Tausende selbstgebaute Bomben zusammengetragen. Fundorte waren demnach unter anderem vier Schulen, ein Kindergarten und neun Moscheen. Pioniere der russischen und syrischen Armee fanden Waffenlager, die »randvoll« mit großkalibriger Munition für schwere Waffen – Gewehre, Raketen, Artillerie – gewesen seien. Als Herkunftsländer des Kriegsgeräts nannte der russische Major Iwan Gromow unter anderen die USA, Deutschland und Bulgarien. Außerdem habe man nagelneue 122-mm-Mörsergranaten, Handgranaten und Granatwerfer sowie Raketen für Mehrfachraketenwerfer und Granaten für Haubitzen gefunden, sagte Gromow am 28. Dezember dem Sender *Rossija 24*. Bilder und Filmaufnahmen wurden verbreitet. Die Herkunft von vielen der Waffen in Originalkisten sei durch Aufkleber erkennbar gewesen, auf denen »Aus den USA für die gegenseitige Verteidigung« gestanden habe.

Auch Massengräber mit Dutzende Leichnamen seien gefunden worden, teilte das russische Verteidigungsministerium am 26. Dezember mit. Die Toten hätten Schusswunden am Kopf, Verstümmelungen und deutliche Spuren von Folter aufgewiesen. Eine Sprecherin der UN-Kommission für Menschenrechte in Genf erklärte, die Kommission prüfe die Angaben.

Bei einem Treffen mit einer gemeinsamen Delegation von Abgeordneten des EU-Parlaments und des russischen Parlaments (Duma) am 29. Dezember in Damaskus, hat der syrische Präsident Baschar Al-Assad bekräftigt, dass europäische Länder Syrien erst dann helfen

könnten, wenn sie aufhörten, die terroristischen Gruppen in Syrien zu unterstützen. Assad forderte die Aufhebung der EU-Wirtschaftssanktionen gegen sein Land. Europa müsse erkennen, dass eine Lösung nur von den Syrern selber herbeigeführt werden könne.

Ein interner UN-Bericht vom Mai 2016 über die Auswirkungen von EU- und US-Sanktionen auf die humanitäre Hilfe in Syrien, den die Internetplattform *The Intercept* am 28. September veröffentlicht hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass die Strafmaßnahmen wesentlich zum Niedergang des syrischen Gesundheitswesens beigetragen haben.

Der ehemalige britische Botschafter in Syrien Peter Ford sagte in einem Interview mit dem britischen Sender *BBC Radio 4* am 23. Dezember, Großbritannien habe in Syrien »von Anfang an alles falsch gemacht«. Die Strategie, keine eigenen Truppen zu entsenden und statt dessen Rebellengruppen zu unterstützen, sei »zum Scheitern verurteilt« gewesen. »Wir haben die Lage verschlimmert«, so Ford. »Für jeden, der nicht mit Wunschdenken vergiftet war«, sei dies »vorhersehbar gewesen«. Großbritannien hatte wie Frankreich, Deutschland und die USA seit dem Frühsommer 2011 die diplomatischen Beziehungen mit der syrischen Regierung zunächst unterbrochen und dann ganz eingestellt. »Sie sagten uns, der Sturz von Assad stehe unmittelbar bevor, sie sagten uns, er werde bis Weihnachten weg sein«, erinnert sich Peter Ford an die damaligen Erklärungen des britischen Außenministeriums. (kl)

<http://www.jungewelt.de/2017/01-03/014.php>